



Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Hiermit teilen wir Ihnen mit, dass der Europäische Rechnungshof soeben seine Prüfungsvorschau 01/2023 ***"The rule of law and the Commission's action to protect the EU's financial interests in the cohesion policy and the Recovery and Resilience Facility"*** (Rechtsstaatlichkeit und die Maßnahmen der Kommission zum Schutz der finanziellen Interessen der EU im Rahmen der Kohäsionspolitik und der Aufbau- und Resilienzfazilität) veröffentlicht hat. Diese Prüfungsvorschau wurde unter der Leitung von Annemie Turtelboom, Mitglied des Hofes, erstellt.

Der Rechnungshof wird prüfen, ob die Kommission die finanziellen Interessen der EU wirksam vor Verstößen gegen das Rechtsstaatsprinzip in den Mitgliedstaaten schützt. Im Rahmen dieser Prüfung wird es um die Frage gehen, wie die Kommission sicherstellen will, dass die EU-Länder nur dann EU-Mittel erhalten, wenn sie die Rechtsstaatlichkeit achten. Prüfungsschwerpunkte werden die Kohäsionspolitik der EU und die Finanzierung des Aufbaus nach der Corona-Pandemie sein.

Um die Prüfungsvorschau in englischer Sprache und die in 24 EU-Sprachen verfügbare Pressemitteilung aufzurufen, klicken Sie bitte [hier](#).

Für weitere Auskünfte über die Arbeit des Europäischen Rechnungshofs stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Zudem finden Sie Informationen auf unserer Website eca.europa.eu. Um auf das Publikationsportal des Rechnungshofs zu gelangen, klicken Sie bitte [hier](#).

Mit freundlichen Grüßen

Europäischer Rechnungshof

Direktion "Dienste des Präsidenten"

Institutionelle Beziehungen

ECA-InstitutionalRelations@eca.europa.eu

eca.europa.eu



Pressemitteilung

Luxemburg, 23. Januar 2023

EU-Prüfer nehmen Schutz der Rechtsstaatlichkeit bei EU-Zahlungen unter die Lupe

Der Europäische Rechnungshof wird prüfen, ob die Europäische Kommission die finanziellen Interessen der EU wirksam vor Verstößen gegen das Rechtsstaatsprinzip in den Mitgliedstaaten schützt. Im Rahmen dieser Prüfung wird es um die Frage gehen, wie die Kommission sicherstellen will, dass die EU-Länder nur dann EU-Mittel erhalten, wenn sie die Rechtsstaatlichkeit achten. Prüfungsschwerpunkte werden die Kohäsionspolitik der EU und die Finanzierung des Aufbaus nach der Corona-Pandemie sein.

"Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit – etwa, wenn nicht gegen Korruption vorgegangen wird oder die Unabhängigkeit der Justiz nicht gewährleistet ist – können erhebliche finanzielle Auswirkungen innerhalb der EU haben und zu einem Missbrauch von EU-Geldern in den Mitgliedstaaten führen", so Annemie Turtelboom, das für die Prüfung zuständige Mitglied des Europäischen Rechnungshofs. "Unsere Prüfung wird zeigen, ob die Kommission die ihr zur Verfügung stehenden Instrumente zum Schutz des EU-Haushalts vor Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit wirksam einsetzt, insbesondere im Bereich der Kohäsions- und Wiederaufbaufinanzierung."

Die Rechtsstaatlichkeit gehört zu den Grundwerten der EU. Das Rechtsstaatsprinzip besagt, dass das Gesetz für alle Mitglieder der Gesellschaft gleichermaßen gilt, dass Gerichte unabhängig und unparteiisch tätig sind und dass es eine Gewaltenteilung gibt. Die EU hat eine Mischung aus rechtlichen und finanziellen Instrumenten sowie Instrumenten zur Beobachtung und anderen Mechanismen zur Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit in den EU-Ländern entwickelt. Dazu gehören das sogenannte Kooperations- und Kontrollverfahren, Vertragsverletzungsverfahren und jährliche Berichte zur Rechtsstaatlichkeit. Darüber hinaus hat sie sich 2020 auf eine "Konditionalitätsregelung" zum Schutz des EU-Haushalts und zur Sicherstellung einer wirtschaftlichen Haushaltsführung geeinigt. Nach dieser Regelung kann der Zugang der Mitgliedstaaten zu EU-Geldern bei schwerwiegenden Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit ausgesetzt, reduziert oder eingeschränkt werden. Diese Schutzmaßnahmen wurden bisher nur ein einziges Mal angewendet, im Dezember 2022: 55 % des Geldes, das Ungarn im Rahmen von drei Kohäsionsprogrammen der EU erhalten sollte, wird vorerst nicht ausgezahlt. In den Finanzvorschriften für die Fonds der Kohäsionspolitik und die sogenannte Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF), die den Löwenanteil des EU-Aufbaupakets ausmacht, sind weitere Möglichkeiten zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit vorgesehen.

Diese Pressemitteilung enthält die Hauptaussagen der Prüfungsvorschau des Europäischen Rechnungshofs, die abrufbar ist unter www.eca.europa.eu.

ECA Press

12, rue Alcide De Gasperi – L-1615 Luxembourg

E: press@eca.europa.eu @EUAuditors eca.europa.eu

Schwerpunktmäßig soll in der Prüfung die Frage behandelt werden, wie die EU-Kommission die Bestimmungen der Konditionalitätsverordnung sowie die Vorschriften für die Fonds der Kohäsionspolitik 2021–2027 und die ARF anwendet, um die finanziellen Interessen der EU im Zusammenhang mit Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit zu schützen.

Dazu werden anhand einer Stichprobe von sechs Ländern (Bulgarien, Griechenland, Italien, Ungarn, Polen und Rumänien) die einschlägigen Maßnahmen der Kommission unter die Lupe genommen.

Hintergrundinformationen

Die Europäische Kommission ist dafür zuständig, mögliche Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit in den EU-Ländern festzustellen und dagegen vorzugehen. Der Rat der EU, in dem die Regierungen der EU-Länder zusammenkommen, muss die von der Kommission im Rahmen der sogenannten Konditionalitätsverordnung vorgeschlagenen Maßnahmen genehmigen. Auch spezifische Etappenziele und Zielwerte im Rahmen der ARF, anhand derer einschlägige Mängel behoben werden sollen, müssen vom Rat gebilligt werden. Die Kommission hat auch die Möglichkeit, die Erstattung von Ausgaben im Bereich der Kohäsionspolitik zu blockieren, wenn die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit nicht geachtet werden. Darüber hinaus kann das Europäische Parlament Fragen der Rechtsstaatlichkeit auf die Tagesordnung setzen, wenn es alljährlich im sogenannten Entlastungsverfahren die EU-Haushaltsführung durch die Kommission billigt.

Der langfristige Haushalt der EU für den Zeitraum 2021–2027 beläuft sich auf 1 211 Milliarden Euro. Bei 361 Milliarden Euro davon handelt es sich um Mittel der Kohäsionspolitik. Außerdem werden den EU-Ländern durch das Förderpaket "NextGenerationEU" für den Zeitraum 2021–2026 insgesamt 807 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, davon 724 Milliarden Euro über die ARF.

Die Prüfungsvorschau 01/2023 *"The rule of law and the Commission's action to protect the EU's financial interests in the cohesion policy and the RRF"* (Rechtsstaatlichkeit und die Maßnahmen der Kommission zum Schutz der finanziellen Interessen der EU im Rahmen der Kohäsionspolitik und der Aufbau- und Resilienzfazilität) ist auf der [Website des Europäischen Rechnungshofs](#) in englischer Sprache abrufbar. Prüfungsvorschauen stützen sich auf vorbereitende Arbeiten im Vorfeld einer Prüfung. Es handelt sich dabei nicht um Prüfungsbemerkungen, -schlussfolgerungen oder -empfehlungen. Der Prüfungsbericht soll in etwa in einem Jahr veröffentlicht werden.

Pressekontakt

Pressestelle des Europäischen Rechnungshofs: press@eca.europa.eu

- Damijan Fišer: damijan.fiser@eca.europa.eu – Mobil: (+ 352) 621 552 224
- Claudia Spiti: claudia.spiti@eca.europa.eu – Mobil: (+ 352) 691 553 547
- Vincent Bourgeais: vincent.bourgeais@eca.europa.eu – Mobil: (+ 352) 691 551 502



EUROPEAN
COURT
OF AUDITORS

Audit preview

Information on an upcoming audit



The rule of law and the Commission's action to protect the EU's financial interests in the cohesion policy and the RRF

January 2023

The rule of law is one of the EU's fundamental values. Violations of the rule of law can have significant financial implications within the EU.

The European Court of Auditors has started working on an audit to assess the Commission's actions in protecting the EU's financial interests and the sound financial management of the EU budget against rule of law breaches. The audit will focus on the measures provided by the Conditionality Regulation and by the Regulations in force for the 2021-2027 cohesion policy funds and for the Recovery and Resilience Facility.

If you wish to contact the audit team, send an e-mail to the following address:
ECA-Audit_Previews@eca.europa.eu

Contents

The rule of law as a fundamental EU value	4
Tools to protect the EU budget against rule of law breaches	4
Roles and responsibilities at EU level	6
Audit focus	6

The rule of law as a fundamental EU value

The European Union is founded on a set of fundamental values and principles, as laid down in Article 2 of the Treaty on European Union (TEU) and also explicitly stipulated in the Preamble of the Charter of Fundamental Rights of the European Union. The rule of law is one of these principles and [Box 1](#) provides a definition of the concept.

Box 1

The rule of law

According to the Conditionality Regulation¹, the rule of law requires the respect of the principles of legality implying a transparent, accountable, democratic and pluralistic law-making process; legal certainty; prohibition of arbitrariness of the executive powers; effective judicial protection, including access to justice, by independent and impartial courts, also as regards fundamental rights; separation of powers, and non-discrimination, and equality before the law.

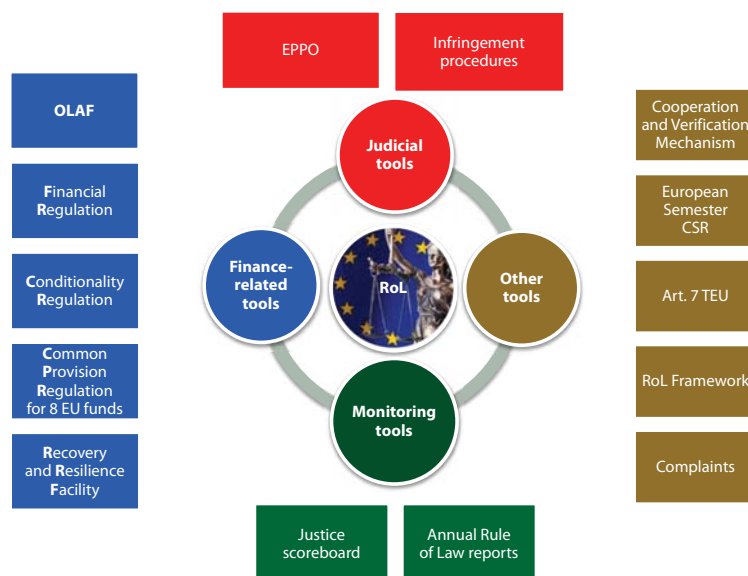
Tools to protect the EU budget against rule of law breaches

Rule of law breaches can have significant implications for the EU's financial interests. These include consequences for the sound financial management of EU expenditure.

The EU has developed a variety of interrelated tools to enforce the rule of law in Member States. We have split those tools into four broad categories, distinguishing between monitoring, judicial, financial and other tools (see [Figure 1](#)).

The main focus of the audit work will be on the Commission's implementation of the Conditionality Regulation, the draft version of which we provided an opinion² on in 2018. In addition to the Conditionality Regulation, our audit will cover the protective measures put in place by the Regulations in force for the cohesion policy funds (ERDF and ESF) and for the Resilience and Recovery Facility (RRF), as these are important instruments for protecting the EU's financial interests against breaches of the rule of law.

Figure 1 – EU tools for enforcing the rule of law



Source: ECA.

In 2020, to strengthen the general framework of the Financial Regulation, the EU adopted the Conditionality Regulation, a new mechanism aimed at protecting the sound financial management of the EU budget as a whole. Under certain conditions, the Regulation requires Member States' access to EU funding to be suspended, reduced or restricted in case of serious breaches of the rule of law. In September 2022, the Commission proposed for the first time measures under the Conditionality Regulation for Hungary³. The Council finally approved on 15 December 2022 these measures, which include the suspension of 55 % of the budgetary commitments for three operational programmes in Cohesion Policy⁴.

In addition, under the Common Provisions Regulation, which applies to the cohesion funds, respect for the principles set out in the Charter of Fundamental Rights of the EU – including the rule of law – is an explicit condition for the disbursement of funding to Member States⁵.

As regards the RRF, the Commission has to ensure that all, or at least a significant subset, of the country-specific recommendations and other challenges identified within the European Semester are taken into account in Member States' National Recovery and Resilience Plans (NRRPs). This includes those related to the rule of law.

Roles and responsibilities at EU level

The Commission is the key actor in protecting the rule of law in the EU. As the guardian of the EU treaties, it has the mandate to monitor the uniform application of EU law across the EU. The Commission is also responsible for identifying and addressing possible breaches of the rule of law by a Member State. Under the Conditionality Regulation, the Commission has to demonstrate to the Council the causal link between such breaches and the existence of risks to the sound financial management of the Union budget or the protection of the EU's financial interests, and to propose measures to address them. The Commission also has to ensure that the Financial Regulation and the Common Provisions Regulation are applied properly, and it assesses and monitors all NRRPs.

The Council also plays an important role in protecting the EU's financial interests against breaches of the rule of law. Under the Conditionality Regulation, the Council approves protective measures proposed by the Commission. It also approves all NRRPs, including milestones, targets and actions that address rule-of-law specific issues.

While the European Parliament does not have any final decision-making power in connection with the EU's tools for protecting the rule of law, it can address the protection of the EU's financial interests against rule of law breaches, and in particular the Commission's management of such issues, in the annual discharge procedure.

Audit focus

In view of the key risks identified during the ECA's preparatory work, our audit will seek to determine whether the Commission has been effective in protecting the EU's financial interests against rule of law breaches. The audit will focus on the actions taken by the Commission under the Conditionality Regulation, the 2021-2027 cohesion policy funds and the RRF. To answer this:

- we will analyse the internal framework the Commission has set up to put the Conditionality Regulation effectively into operation;
- we will analyse the actions taken by the Commission for six Member States: Bulgaria, Greece, Italy, Hungary, Poland and Romania;

- we will consult other actors such as the European Parliament, the Council, as well as external stakeholders, to obtain their views on the actions taken by the Commission.

ABOUT ECA SPECIAL REPORTS AND AUDIT PREVIEWS

The ECA's special reports set out the results of its audits of EU policies and programmes or management topics related to specific budgetary areas.

Audit previews provide information in relation to an ongoing audit task. They are based on preparatory work undertaken before the start of the audit and are intended as a source of information for those interested in the policy or programme being audited.

If you wish to contact the team in charge of this audit, please e-mail:
ECA-Audit_Previews@eca.europa.eu

-
- ¹ Regulation (EU, Euratom) 2020/2092 of the European Parliament and of the Council of 16 December 2020 on a general regime of conditionality for the protection of the Union budget, [OJ L 433I, 22.12.2020, pp. 1-10](#).
 - ² Opinion 1/2018 concerning the proposal of 2 May 2018 for a regulation of the European Parliament and of the Council on the protection of the Union's budget in case of generalised deficiencies as regards the rule of law in the Member States.
<https://www.eca.europa.eu/en/Pages/DocItem.aspx?did=46669>
 - ³ COM(2022) 485 final: Proposal for a Council implementing decision on measures for the protection of the Union budget against breaches of the principles of the rule of law in Hungary.
https://ec.europa.eu/info/files/college-decision-18-september-2022_en
 - ⁴ Council implementing decision (EU) 2022/2506 of 15 December 2022 on measures for the protection of the Union budget against breaches of the principles of the rule of law in Hungary, [OJ L 325, 20.12.2022, pp. 94-109](#).
<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:32022D2506>
 - ⁵ Regulation (EU) 2021/1060 of the European Parliament and of the Council of 24 June 2021 laying down common provisions on the European Regional Development Fund, the European Social Fund Plus, the Cohesion Fund, the Just Transition Fund and the European Maritime, Fisheries and Aquaculture Fund and financial rules for those and for the Asylum, Migration and Integration Fund, the Internal Security Fund and the Instrument for Financial Support for Border Management and Visa Policy, [OJ L 231, 30.6.2021, pp. 159-706](#).

COPYRIGHT

© European Union, 2023

The reuse policy of the European Court of Auditors (ECA) is set out in [ECA Decision No 6-2019](#) on the open data policy and the reuse of documents.

Unless otherwise indicated (e.g. in individual copyright notices), ECA content owned by the EU is licensed under the [Creative Commons Attribution 4.0 International \(CC BY 4.0\) licence](#). As a general rule, therefore, reuse is authorised provided appropriate credit is given and any changes are indicated. Those reusing ECA content must not distort the original meaning or message. The ECA shall not be liable for any consequences of reuse.

Additional permission must be obtained if specific content depicts identifiable private individuals, e.g. in pictures of ECA staff, or includes third-party works.

Where such permission is obtained, it shall cancel and replace the above-mentioned general permission and shall clearly state any restrictions on use.

To use or reproduce content that is not owned by the EU, it may be necessary to seek permission directly from the copyright holders.

Cover page: Adobe Stock / 264157778

Software or documents covered by industrial property rights, such as patents, trademarks, registered designs, logos and names, are excluded from the ECA's reuse policy.

The European Union's family of institutional websites, within the europa.eu domain, provides links to third-party sites. Since the ECA has no control over these, you are encouraged to review their privacy and copyright policies.

Use of the ECA logo

The ECA logo must not be used without the ECA's prior consent.